

Ressort: Politik

Bericht: Immer mehr Deutsche können Stromrechnung nicht bezahlen

Berlin, 18.04.2014, 11:55 Uhr

GDN - Immer mehr Menschen in Deutschland können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen - und bekommen deshalb den Strom abgedreht: Im Jahr 2012 haben Energieversorger 321.539 Menschen wegen Zahlungsrückständen der Strom abgestellt, drei Prozent mehr als im Vorjahr. Dies geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei hervor, die der "Welt" vorliegt.

2011 hatte es rund 312.500 Stromsperrungen gegeben. "Jede Stromsperrung ist eine zu viel. Es ist absolut unverhältnismäßig, dass Familien wegen ein paar Euro im Dunkeln sitzen müssen", sagte Caren Lay, Fraktionsvize der Linkspartei im Bundestag, der "Welt". "Die Zahlen zeigen, dass Energiearmut wächst", sagte der Präsident des Sozialverbandes SoVD, Adolf Bauer. Bislang lagen lediglich Zahlen für 2011 vor. Als ein Grund für den Anstieg der Stromsperrungen gilt der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien, wodurch die Energiepreise steigen. Die Linkspartei forderte die Bundesregierung auf, Stromsperrungen einen Riegel vorzuschieben. "Stromsperrungen für Privathaushalte müssen per Gesetz verboten werden", sagte Lay. "Wir brauchen außerdem einen Härtefallfonds, der Haushalten mit Zahlungsrückständen kurzfristig unbürokratisch hilft." Der Sozialverband SoVD spricht sich für die Einführung von Sozialtarifen für Bezieher niedriger Einkommen aus. "Wenn das nicht ausreicht, muss auch über einen Energiekostenzuschuss nachgedacht werden", sagte Bauer. Das Bundeswirtschaftsministerium hält die derzeitige Unterstützung hingegen für ausreichend. "Durch das Sozialrecht wird der Strombedarf von Empfängern staatlicher Transferleistungen angemessen gesichert", schreibt Wirtschaftsstaatssekretär Uwe Beckmeyer in der Antwort auf die Linke-Anfrage. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende berücksichtige auch die Kosten für den allgemeinen Haushaltsstrom und werde jährlich angepasst. Auch die Entwicklung des Strompreises werde "angemessen berücksichtigt", schreibt Beckmeyer. Die schwarz-rote Bundesregierung hatte in den Koalitionsverhandlungen beschlossen, bei der Stromversorgung ein Prepaid-Modell einzuführen, um Stromkunden- und Lieferanten vor Ärger zu bewahren.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-33314/bericht-immer-mehr-deutsche-koennen-stromrechnung-nicht-bezahlen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619